

Betreff:

Erstmaliger Nachweis der Afrikanischen Schweinepest in Hessen - Auswirkungen auf Wiesbaden als „infiziertes Gebiet“
- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 18.06.2024 -

Antragstext:

Die Afrikanische Schweinepest, die kürzlich bei einem Schweinekadaver in der Nähe von Rüsselsheim festgestellt wurde, stellt eine ernste Bedrohung für die Tiergesundheit und die Landwirtschaft in der Region dar. Auch weite Teile von Wiesbaden gelten nun als „infiziertes Gebiet“ und sind damit von Einschränkungen wie der Leinenpflicht für Hunde und einem Jagdverbot betroffen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. Wie erfolgt derzeit die Überwachung der Wild- und Hausschweinbestände in Wiesbaden und Umgebung?
2. Welche Unterstützung bietet der Magistrat den örtlichen Landwirten und Jägern an, um die Auswirkungen der Afrikanischen Schweinepest zu minimieren und wie ist die Zusammenarbeit zwischen Veterinäramt, Landwirten und Jägern in Wiesbaden organisiert, um die Afrikanische Schweinepest effektiv zu bekämpfen?
3. Gibt es Pläne für eine öffentliche Informationskampagne, um die Bürgerinnen und Bürger über Risiken und Präventionsmaßnahmen aufzuklären?
4. Welche langfristigen Auswirkungen hat die Afrikanische Schweinepest auf landwirtschaftliche Betriebe und Wildschweinpopulationen in den bereits in der Vergangenheit betroffenen deutschen Regionen und welche Lehren können daraus für Wiesbaden gezogen werden?

Wiesbaden, 18.06.2024

Lucas Schwalbach
Fachsprecher

Nicole Röck-Knüttel
Fachsprecherin

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin

Melanie Völker
Fraktionsreferentin